



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Fraktion Ahrensburg

Manhagener Allee 14, 22926 Ahrensburg
www.spd-ahrensburg.de

AN/046/2026
Eingang 03.07.2026

Antrag:

Der Bau- und Planungsausschuss stellt fest:

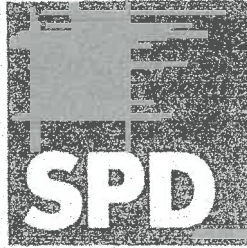
Entgegen der in der Präsentation im Bpa am 17.6.26 und der Vorlage 2026/054 erfolgten Darstellung ist die Hamburger Straße derzeit nicht aus dem Geltungsbereich des Bürgerentscheids Lebendige Innenstadt vom 18.9.22 ausgenommen.

Zur Begründung wird auf den Text des Antrags An/085/2025 (Anlage 1) und das Protokoll der StV vom 24.11.25 (Anlage 2) verwiesen.

Für die SPD-Fraktion

Béla Randschau
Fraktionsvorsitzender

Sozialdemokratische Partei Deutschlands • SPD-Fraktion Ahrensburg • Manhagener Allee 14 • 22926 Ahrensburg • www.spd-ahrensburg.de • vertreten durch: Béla Randschau (Fraktionsvorsitzender) • Ursula Ebert (stellvertretende Fraktionsvorsitzende) • Rolf Griesenberg (Stadtverordneter) • Ulrike Kraus (Stadtverordnete) • Felix Gläveke (Bürgerliches Mitglied) • Tim Schoon (Stadtverordneter) • Jürgen Eckert (Bürgerliches Mitglied) • Maike Eckert (Bürgerliches Mitglied) • Jannik Gasde (Stadtverordneter) • Sabine Knudsen (Bürgerliches Mitglied) • Marc Gläveke (Bürgerliches Mitglied) • Bernd Böttger (Bürgerliches Mitglied)



AN/085/2025

E: 20.11.2025

Anlage 1

Antrag zum Bürgerentscheid Lebendige Innenstadt vom 18. September 2022

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Bürgerentscheid Lebendige Innenstadt vom 18. September 2022 wird wie folgt geändert:

1. Es wird eine Optimierung der Planung Hamburger Straße unter Beteiligung der Einzelhändler und Anlieger vorgenommen. Hierbei werden insgesamt 20-30 Parkplätze erhalten. Die Verwaltung prüft zudem die Rechts- und Fördermittelkonformität der Maßnahme „Hamburger Straße“ unter Einbeziehung derzeitiger und zukünftiger technischer und umweltspezifischer Kriterien und legt eine aktualisierte Genehmigungs- und Ausführungsplanung mit ausreichend Kurzzeit- und Ladezonen vor. Die Verwaltung erstellt im Sinne des Bürgerentscheids eine umsetzungsfähige Planung zur Kompensation der voraussichtlich ab 2027 durch den Umbau der Hamburger Straße und den Rückbau des Provisoriums Stormarnplatz entfallenden Stellplätze im Innenstadtbereich. Maßgeblich ist der Parkplatzbestand am 01.11.25. Dabei sind öffentliche und private Investitionen (z. B. Parkhäuser/Parkflächen Dritter mit 24 Stunden- Zugänglichkeit) einzubeziehen.

Anwohner und Gewerbe sind in die Stellplatzorganisation sowie das zeitliche und verkehrstechnische Konzept während der Bauphase in der Hamburger Straße einzubeziehen. Die Vorstellung der Ergebnisse erfolgt im Bau- und Planungsausschuss.

2. Der provisorische Parkplatz Stormarnplatz wird bis zum 26. Februar 2027 beibehalten.

3. Die Antragsteller begrüßen die von der Verwaltung im Oktober 2025 vorgelegten Pläne für die zeitnahe Errichtung eines digitalen und statistischen Parkleitsystems bis 26.2.2027.

4. Der Bürgerentscheid wird künftig und soweit erforderlich wie folgt angepasst:

„In der Ahrensburger Innenstadt (begrenzt durch Woldenhorn, Bei der Doppeleiche, Reeshoop, Klaus-Groth-Straße, Stormarnstraße, An der Reitbahn und der Landesstraße 82), mit Ausnahme der Hamburger Straße, müssen Kfz-Parkplätze in mindestens gleicher Anzahl öffentlich oder privat bereitgestellt werden, welche 24 Stunden öffentlich zugänglich sind, bevor eine Reduzierung der vorhandenen, im städtischen Eigentum stehenden Kfz- Parkplätze erfolgen darf. Maßgeblich ist der Parkplatzbestand am 01.11.25.“

Dieser Beschluss erfolgt gleichzeitig mit dem Beschluss zur Umsetzung der optimierten Planung Hamburger Straße und der beschlossenen Planung der Ersatzparkplätze.

Für die CDU Fraktion

Für die SPD-Fraktion

Für die FDP-Fraktion

Uwe Gaumann
stellv. Fraktionsvorsitzender CDU

Béla Randschau
Fraktionsvorsitzender SPD

Thomas Bellizzi
Fraktionsvorsitzender FDP

10. Bürgerentscheid "Lebendige Innenstadt" vom 18.09.2022

Bürgervorsteher Stukenberg eröffnet den Tagesordnungspunkt und möchte zunächst die Antragslage klären. Ihm liegt der als erstes eingereichte Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der WAB zur Aufhebung des Bürgerentscheids (AN/053/2025) vor. Dann gäbe es den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD und FDP (AN/085/2025). Zudem gibt es einen Änderungsantrag von SPD und FDP (AN/068/2025) zum Antrag der CDU-Fraktion (AN/067/2025). Zusätzlich habe er zwei Anträge der WAB-Fraktion (AN/088/2025 und AN/089/2025).

Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion erläutert die Antragslage. Zur Historie der Anträge erläutert er, dass der CDU-Antrag (AN/067/2025) mit einer ausführlichen Begründung am 24.10.2024 gestellt wurde. Daraufhin wurde von den Fraktion SPD und FDP der Änderungsantrag (AN/068/2025) zum bestehenden CDU-Antrag gestellt. Dies sei auch die Lage im Bau- und Planungsausschuss gewesen. Weil dieser Änderungsantrag (AN/068/2025) bis auf einige Ergänzungen dem Antrag der CDU-Fraktion (AN/067/2025) entsprach, habe man sich diesen Antrag zu Eigen gemacht und in Folge dessen gab es dann den dritten (gemeinsamen) Antrag (AN/085/2025) der Fraktionen CDU, SPD und FDP. Damit die anderen Fraktionen die Gelegenheit haben, diesen Antrag (AN/085/2025) in Gänze zu beraten habe man diesen vorab verteilt.

Bürgervorsteher Stukenberg hinterfragt, ob es nun noch alle Anträge gibt oder nur noch den Antrag AN/085/2025. Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion antwortet, dass es den AN/085/2025 gibt und wenn dieser positiv beschlossen werde, dann seien die Anträge AN/067/2025 und AN/068/2025 obsolet. Sollte er hingegen keine Mehrheit finden, würden die Anträge AN/067/2025 und AN/068/2025 bestehen bleiben.

Bürgervorsteher Stukenberg erläutert die potenzielle Reihenfolge der Anträge. Als weitest gehender Antrag werde der Antrag AN/053/2025 von den Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und WAB zuerst abgestimmt (Aufhebung Bürgerentscheid). Als nächstes komme der Antrag AN/089/2025 der WAB-Fraktion (Entlassung der Hamburger Straße aus dem Bürgerentscheid). Danach komme der Änderungsantrag AN/088/2025 der WAB-Fraktion (Aufhebung Regelung 24h-Zugänglichkeit) zum Antrag AN/085/2025. Anschließend werde der Antrag AN/085/2025 behandelt. Sollte dieser nicht beschlossen werden, würden zunächst der Antrag AN/068/2025 und anschließend der Antrag AN/067/2025 behandelt werden.

Bürgervorsteher Stukenberg fordert die Fraktionen zunächst dazu auf, ihre Anträge einzubringen. Die Debatte erfolge anschließend.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN geht darauf ein, dass das eigentliche Thema nicht das Bürgerbegehren sei, sondern die lebendige Innenstadt (Beschluss zur Hamburger Straße von 2019/2020; getragen damals von den Fraktionen WAB, CDU und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN). Es ging darum, die Hamburger Straße barrierefreier und

freundlicher für alle Verkehrsteilnehmer zu gestalten. Dort sei genau besprochen worden, wie Autoparkplätze aussehen sollten. Im Ergebnis sollten von den 51 Parkplätzen 34 wegfallen. Es wären 17 Parkplätze übriggeblieben. Er merkt an, dass es in einem der anderen Anträge um 20 Parkplätze gehe, die Minimum verbleiben sollen. Es handle sich um einen Unterschied von 3 Parkplätzen. Nach dem Beschluss zur Hamburger Straße kam Corona und dann das Bürgerbegehren. Der Bürgerentscheid habe ein knappes Ergebnis hervorgebracht und öffentliche Parkplätze im Innenstadtbereich durften ohne Ersatz nicht weggenommen werden. Inzwischen sei es so, dass der Bürgerentscheid wie ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden kann und die Bindungsfrist abgelaufen ist. Jetzt könne man darüber diskutieren, ob der Bürgerentscheid noch Sinn mache und bleiben soll oder ob dieser geändert werden kann. Er merkt an, dass sich zwischenzeitlich die Lage geändert habe und führt aus, dass Parkplätze dazugekommen seien. Diese gehören zwar nicht zu den öffentlichen Parkplätzen, aber es seien nicht öffentliche Parkplätze in großer Zahl dazugekommen. Dabei handele es sich zum einen um die Parkplätze unter dem Rathausplatz (ca. 80-90 Parkplätze) und zum anderen um die Parkplätze in der Tiefgarage vom EDEKA (158 Parkplätze) auf der alten Reitbahn. Diese seien nicht öffentlich zugänglich, aber vorhanden. Insgesamt seien somit knapp 240-250 Parkplätze hinzugekommen. Jetzt diskutiere man über faktisch 3 Parkplätze Unterschied.

Er sagt, dass die damalige Planung der Hamburger Straße darum ging, eine Verbesserung der Barrierefreiheit in der Hamburger Straße und der Ahrensburger Innenstadt zu schaffen. Er findet nicht, dass eine lebendige Innenstadt aus Autos bestehen sollte, welche auf der Suche nach einem Parkplatz Runden fahren. Auch parkende Autos in der Hamburger Straße würden keine lebendige Innenstadt darstellen. Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN habe den Antrag AN/053/2025 zur Aufhebung des Bürgerentscheids gestellt, um überhaupt wieder etwas in der Hamburger Straße machen zu können. Als Zusatz habe man beantragt, den provisorischen Parkplatz bis Ende Februar 2027 zu verlängern. Dies habe den Hintergrund, dass der provisorische Parkplatz hinter dem Rathaus in dem Bürgerentscheid enthalten sei. Bei einer Aufhebung des Bürgerentscheids würde sonst auch der provisorische Parkplatz dementsprechend wegfallen. Dieser Parkplatz hänge jedoch gleichzeitig auch an einer Baugenehmigung und es mache entsprechend Sinn, diesen bis Februar 2027 zu verlängern.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der Fraktion WAB möchte zu dem Vortrag von Stadtverordnetem Gertz zum Antrag AN/053/2025 ergänzen, dass die besondere Gemengelage sei, dass man bereits eine fertige Planung für die Hamburger Straße habe. Bezüglich des Abflusses der Fördermittel habe man Zeitnot und nur beschränkte finanzielle Mittel. Anderenfalls müsste man schauen, wie man die Mittel anderweitig verwendet. Es sei ein ganz wichtiger Punkt, dass man unverzüglich beginnen könne. In der Stellungnahme der Verwaltung habe man gehört, dass selbst wenn alles optimal laufe, man erst 2027 umbauen könne. Er betont, dass die Hamburger Straße höchste Priorität habe und er hoffe auf eine entsprechende Einigung, damit man damit anfangen könne.

Er führt weiter aus, dass die WAB-Fraktion nach Bekanntwerden des Antrages AN/085/2025 keine Fraktionssitzung mehr hatte und diesen nicht mehr beraten

konnte. Entsprechend wurden die neuen Anträge der WAB-Fraktion erst kurzfristig eingereicht. Den Antrag AN/085/2025 erst nach der Sitzung zu verteilen, sei ein taktischer Gewinn für die antragsstellenden Fraktionen gewesen, aber nicht hilfreich für die Sache. Er führt aus, dass es absehbar sei, dass der Antrag AN/053/2025 (Aufhebung Bürgerentscheid) keine Mehrheit bekommen werde, daher habe man den Antrag AN/089/2025 (Entlass der Hamburger Straße aus dem Bürgerentscheid) gestellt. Damit möchte man den anderen Fraktionen „eine Brücke bauen“ um zu sagen, dass der Bürgerentscheid bestehen bleibt, aber man die Hamburger Straße daraus entlässt, damit man dort bauen kann. Bei Gesprächen mit Stadtverordneten, insbesondere aus der CDU-Fraktion, hätten alle immer wieder betont, dass sie sich keine Neuplanung der Hamburger Straße wünschen. Insofern sei es ausreichend, die Hamburger Straße aus dem Bürgerentscheid zu entlassen.

Zum Antrag AN/088/2025 führt Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion aus, dass dieser auf den AN/085/2025 abzielt. Im Inhalt sei dieser selbsterklärend, aber nicht im Hintergrund. Im ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion findet sich eine Begründung für die 24h-Regelung. Und zwar nach einem Gutachten einer Städtebaugesellschaft, sei eine Stadt nicht nur zum Shoppen da, sondern auch für andere Sachen und daraus folgert man, dass 24h/7Tage zugängliche Parkplätze notwendig seien. Er betont, dass die Stadt gewiss kein Problem mit fehlenden Parkplätzen in der Innenstadt nach 22 Uhr habe. Diese 24h/7Tage-Forderung sei offensichtlich ein Winkelzug um die Parkplätze unter dem Rathausplatz nicht mitzuzählen. Unter dem Rathausplatz befinden sich 80 neue Parkplätze und man könnte mit der Hamburger Straße anfangen und sogar, dem Sinne nach, den Bürgerentscheid bestehen lassen. Die 24h/7Tage-Forderung hält er für einen „Show-Antrag“. Man brauche keine 200 zusätzlichen, 24h/7Tage zugänglichen Parkplätze, die irgendwie errichtet werden. Zudem die Verwaltung auch sagt, dass es hierfür keine geeignete Fläche gäbe.

Stadtverordneter Gaumann von der CDU-Fraktion stellt den Antrag AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP vor. Er erklärt, dass alle Fraktionen die Hamburger Straße machen wollen und man sich darüber einig sei. Der Weg dahin unterscheide sich jedoch. Die einen wollen den Bürgerentscheid gänzlich aufheben, um die Hamburger Straße machen zu können. Die anderen möchten den Kern, die Hamburger Straße, aus dem Bürgerentscheid herausnehmen, um die Hamburger Straße anzugehen. Gleichzeitig läge bei diesem Antrag der zweite Schwerpunkt auch darauf, dass man keine Not habe, wenn der provisorische Parkplatz abgebaut und die Hamburger Straße auf vielleicht 20 Parkplätze reduziert werde. Auch weiterhin will man eine Strategie haben, wo man in den nächsten Jahren Parkplätze erstellen kann. Sowohl privatwirtschaftlich als auch eventuell städtisch. Man wolle die Sorgen und Nöte aus der Innenstadt von den Händlern und Gewerbetreibenden wahrnehmen. Diese würden sich Sorgen machen, wie es zukünftig weitergeht und die Prognosen zu Mieten, Erweiterungen, Mitarbeiteranstellungen etc. seien Überlegungen, die die Händler und Gewerbetreibenden rumtreiben. Die Parkplätze unter dem Rathausplatz werden immer wieder angesprochen und man wisse nicht so recht, ob es diese Parkplätze auch im nächsten Jahr noch geben werde oder ob die Tiefgarage wieder zugemacht wird. Die Parkplätze an der alten Reitbahn auf 2 Ebenen

seien ein schöner Erfolg der Politik, aber sie würden derzeit noch nicht richtig angenommen und könnten nicht als Ersatz für den provisorischen Parkplatz herangezogen werden.

Er möchte auch erwähnen, dass die Reaktion aus der Innenstadt so sei, dass im Schnitt 65% der Konsumenten aus dem Umland kämen und diese Besucher auch Parkplätze brauchen. Auch sonst könne nicht jeder mit Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln in die Innenstadt kommen. Eine ausreichende Stellplatzversorgung sei daher auch ein Teil der Inklusion.

Zuletzt merkt er an, dass es durchaus berechtigt sei, wenn man einwendet, dass eine lebendige Innenstadt nicht allein durch Stellplätze entstehe, aber ohne Stellplätze könne eine lebendige und attraktive Innenstadt nicht auf Dauer überleben.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion spricht zum gemeinsamen Antrag AN/085/2025 als auch zum ursprünglichen Änderungsantrag AN/068/2025. Zur Genese führt er aus, dass es sich bei dem AN/085/2025 um den übernommenen Änderungsantrag in den CDU-Antrag handelt. Es sei darum gegangen, dass in eine geeignete Form für die heutige Stadtverordnetenversammlung zu bringen, sodass es auch transparent sei.

Zum Inhalt erläutert er, dass man sich ursprünglich dazu berufen gefühlt habe, den Änderungsantrag AN/068/2025 zu stellen, sei gewesen, dass in der inhaltlichen Diskussion aufgefallen war, dass aus Sicht der Fraktionen SPD und FDP noch das ein oder andere „Einfallstor für Missverständnisse oder Probleme“ bestand, die auch der Begründung nach nicht im CDU-Antrag intendiert waren. Unter anderem sei ihnen wichtig gewesen klarzustellen, dass man nicht den Weg gehen wolle, den Bürgerentscheid aufzuheben und sich dann auf den guten Willen zu verlassen, dass es dann gelingen mag, ein Ersatz für wegfallende Parkplätze zu schaffen. Und dass es dann auch noch gelingen mag, die Problematik des Stormarnplatzes auszuräumen. Er erinnert daran, dass der wiederholte, ersatzlose Wegfall der Parkplätze in der Hamburger Straße – nach entsprechenden Erfahrungen am Lindenhof – der Grund war, warum der Bürgerentscheid zustande gekommen sei.

Er möchte Stadtverordneten Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN insofern korrigieren, dass man 20-30 Parkplätze in den Antrag geschrieben habe. Dass man gesagt habe, mindestens 20 sei in der Tat schon sehr weit runter und müsste nach den Skizzen, die man angefertigt habe, mindestens möglich sein.

Aus Sicht der Fraktionen SPD und FDP stelle sich die Lage in der Hamburger Straße auch insofern etwas anders dar, als das eine Anpassung der Planung ohnehin dringend erforderlich sei. Er führt ein konkretes Beispiel an und sagt, dass man um eine Anpassung der Planung ohnehin nicht drum rumkäme und dies nutzen sollte. Das tiefere Ziel der ganzen Befassung mit der Problematik sei auch das, aus diesem Konflikt, den dieser Bürgerentscheid ausdrückt, herauszukommen. Dies sollte geschehen, in dem man ein ehrliches Angebot macht und sagt, dass man diese Bedenken ernst nimmt. Man wolle wirklich ein reales Angebot schaffen und den Bürgerentscheid ernst nehmen. Dies hätte schon vor Jahren erfolgen müssen und umso dringender sei man heute in der Pflicht dafür zu sorgen, dass Bewegung in die Angelegenheit kommt. Es sei daher auch ganz wichtig, dass man erst liefert, bevor man dann, möglicherweise den Bürgerentscheid ändert. Man wolle nun erst ins Machen kommen und alles Weitere, sei danach eine rechtliche Formsache. Er fasst zusammen, dass man einen Ersatz für die wegfallenden Parkplätze und

ebenso eine Anpassung für die Planungen in der Hamburger Straße brauche und man ebenfalls an einer Lösung für den Stormarnplatz arbeiten müsse. Anderenfalls habe man zwei Probleme: Entweder die Parkplätze fallen ersatzlos weg oder das Provisorium wird zur Dauerlösung. Er dankt der CDU-Fraktion, dass diese den Änderungsantrag übernommen und erlaubt hat, den gemeinsamen Antrag AN/085/2025 zu stellen.

Bürgermeister Stukenberg merkt an, dass Applaus und Unmutsbekundungen aus dem Publikum nicht gestattet seien.

Die CDU-Fraktion verzichtet darauf, den Ursprungsantrag der CDU-Fraktion einzubringen. Bürgermeister Stukenberg eröffnet die Debatte.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hat zunächst zwei inhaltliche Fragen. Sie fragt, ob die im Antrag AN/085/2025 benannten „ausreichend Kurzzeitparkplätze und Ladezonen“ zusätzlich zu den 20-30 Parkplätzen oder inklusive gemeint sind. Aktuell geht sie davon aus, dass diese hinzukommen. Weiterhin bittet sie zu definieren, was „ausreichend“ bedeutet.

Zum vierten Punkt fragt sie, ob sie es richtig verstehe, dass man heute beschließe, dass man nichts beschließt. Dieser Beschluss solle also erst gleichzeitig mit der Umsetzung der Optimierung der Planung Hamburger Straße fallen.

Stadtverordnete N. Levenhagen schließt ihren Wortbeitrag an und führt aus, dass es damals Pläne zur Hamburger Straße gab, welche von den Fraktionen CDU, WAB und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN unterstützt wurden. Sie weist darauf hin, dass es auch Pläne bei der Alten Reitbahn, welche gemeinsam mit der CDU-Fraktion unterstützt worden sind und auch zum provisorischen Parkplatz, welche von der CDU-Fraktion unterstützt wurden, gab. Zudem gab es von der CDU-Fraktion das Einverständnis, dass, wenn die Alte Reitbahn geöffnet worden ist, dann der provisorische Parkplatz geschlossen werde. Auch dies habe die CDU-Fraktion damals zugesagt. Sie wundert sich sehr, dass plötzlich von diesen Worten nicht mehr viel übrig sei. Bisher habe sie auch noch keine Begründung wahrgenommen, warum dies so ist.

Sie möchte auf den Antrag von der CDU-Fraktion eingehen und führt hierzu die Stellungnahme der Verwaltung an. Führt aus, dass die drei Fraktionen in ihrem Antrag AN/085/2025 Minimum 20 Parkplätze (also 3 mehr) und zusätzlich Kurzzeit- und Ladezonen fordern. Sie führt aus, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme schreibt, dass es hierfür zu einer Überplanung der Hamburger Straße kommen muss. Sie war bei der damaligen Planung der Hamburger Straße dabei und man habe sich wirklich angesehen, wie die Sichtbarkeit für die Fußgänger und für die Fahrradfahrer ist und man sei auf diese Anzahl von Parkplätzen gekommen. Sie sagt, dass mehr Parkplätze sowie mehr Kurzzeitparkplätze und Ladezonen im gleichen Moment auch weniger Platz für Fußgänger und Fahrradfahrer bedeuten. Dies widerspreche dem eigentlichen Ziel, die Hamburger Straße lebendiger zu machen – und zwar nicht nur einseitig für die Autofahrer, sondern für die gesamte Innenstadt gleichermaßen.

Aus ihrer Sicht widerspreche man jetzt den damaligen Zielen. Eine Aktualisierung der Planung für die Hamburger Straße sei ohnehin ein Prozess

der laufenden Verwaltung. Sie führt aus, dass die Antragssteller weiterhin den Rückbau des Provisoriums und dafür entfallende Stellplätze möchten, Stichtag 01.11. Zu diesem Stichtag waren es 200 Parkplätze die man dann mehr hat. Mit Blick in die Innenstadt habe man jetzt die Tiefgarage unter dem Rathausplatz sowie die bei EDEKA neu. EDEKA werde nicht angenommen und die Auslastung auf dem provisorischen Parkplatz sei etwas über 50%. Beim Blick auf die Straßen in der Innenstadt habe sich jedoch nichts geändert. Weiterhin würden alle in die Hamburger Straße und die Große Straße fahren. Sie sagt, solange man noch so viele Parkplätze in der Innenstadt vorrätig hält, sei keiner veranlasst, woanders zu parken. Als Beispiel führt sie an, dass sie 20 Minuten vorm Ärztehaus stand und in dieser Zeit das gleiche Auto 6x in die Straße gefahren sei. Dies, obwohl man anscheinend Parkhäuser habe, die nicht richtig gefüllt seien. Daran merke man, dass die Innenstadt auch nicht entlastet werde, wenn man ein Parkhaus bauen würde. Sie sei gespannt, wie die CDU-Fraktion aus „der Nummer“ wieder herauskommen will. Die CDU-Fraktion wolle Parkplätze bauen, aber habe ein Parkhaus erst vor Kurzem im Bau- und Planungsausschuss ausgeschlossen.

Zum Punkt 3 (Parkleitsystem) führt sie aus, dass man dies schon mehrfach beschlossen habe und dies auch heute gerne wieder tun könne.

Abschließend möchte sie in aller Deutlichkeit sagen, dass man mit dem Antrag AN/085/2025 mehr Parkplätze in der Hamburger Straße und weniger Platz für Fußgänger und Radfahrer beschleße. Mit diesem Antrag sei der Stillstand für die nächsten Jahre und laut Verwaltung, bis auf unbestimmte Zeit gesichert.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion möchte ergänzen, dass die SPD-Fraktion gesagt habe, man liefere jetzt erstmal, bevor man Parkplätze abbaue. Jetzt stelle sich die Frage, was man liefern wolle. Die Hamburger Straße kann mit dem Antrag AN/085/2025 nicht in Angriff genommen werden, bevor nicht 150 Parkplätze entstehen. Dies stehe so in dem Antrag. Laut dem Antrag werden drei Sachen miteinander gekoppelt, der Bürgerentscheid, der Ersatz der Parkplätze und die Planung. Er fragt, wo man in der Innenstadt noch Parkplätze schaffen wolle. Die Idee mit einem Parkhaus auf dem Stormarnplatz ergäbe Nutzungskonflikte, welche alle längst beschrieben worden seien. Dafür bräuchte man einen neuen Bebauungsplan und man würde die Sportplätze verlegen müssen. Dazu käme noch die Frage, wer dieses Parkhaus bauen soll. Er merkt nochmals an, dass die vorhandenen Parkhäuser praktisch leer stehen würden, z.B. am Woldenhorn. Die Mehrheit werde heute entscheiden, aber alle gemeinsam müssen mit den Konsequenzen leben. Wenn die Konsequenz für die Antragssteller ist, dass sie die Idee haben, dass man jetzt noch 5 Jahre den Stormarnplatz überplane und gleichzeitig noch Millionen für ein städtisches Parkhaus ausbebe, nur damit man 34 Parkplätze in der Hamburger Straße habe, damit richte man die Hamburger Straße hin. Er sagt, dass es klar sei, dass für die nächsten 4-5 Jahre nichts passieren werde.

Stadtverordneter Schäfer von der CDU-Fraktion erinnert daran, dass der Bürgerentscheid vor 3 Jahren entschieden wurde. In diesen 3 Jahren habe man Stagnation gehabt und es sei nichts getan worden, obwohl man bereits sehr viel hätte tun können. Dies habe man aus bestimmten Gründen nicht getan. Er führt aus, dass der Schlüssel der Wirtschaftskraft einer Innenstadt bei der Wirtschaft liege. Hierüber sollte man sich immer wieder im Klaren sein. Die in der Innenstadt überwiegend Inhabergeführten Gewerbebetriebe schaffen

Arbeitsplätze, zahlen Steuern und sorgen durch attraktive Einkaufs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für eine lebendige Innenstadt. Zu dieser gehören natürlich auch Fußgänger und Radfahrer. Er betont, dass niemand davon gesprochen habe zu versuchen, diese anderen Dinge zu beeinträchtigen. Man wolle eine Planung, welche bestimmte, neue Dinge berücksichtigt. Es sei die Aufgabe der Politik und der Verwaltung Planungssicherheit für die Zukunft herzustellen. Nur, wenn diese gegeben sei, könnten Entscheidungen wie Investitionen, Mietverträge, Personaleinstellungen etc. erfolgen.

Die CDU-Fraktion habe sich mit den Gewerbetreibenden und den Bürgern, die den Bürgerentscheid entschieden haben, auseinandergesetzt und daher käme auch der Wandel. Sie denken, dass der Bürgerwille nicht einfach „wegzuwischen“ gilt und ernst zu nehmen ist. Das Ergebnis der durchgeführten Befragungen zur Hamburger Straße habe ergeben, dass sich alle darüber einig seien, dass dort etwas geschehen müsse. Der Beschluss zur Hamburger Straße, der vor 6 Jahren beschlossen wurde, wurde intensiv diskutiert, aber er habe in Ahrensburg noch kein Projekt erlebt, dass in 6 Jahren keine Veränderungen erfahren hätte. Beispielsweise seien die ursprünglichen Kosten mit 3,5 Mio. €, abzüglich der Förderungsmaßnahmen, geplant worden. Er behauptet, dass diese Zahl nicht mehr stehe, aber für die weiteren Planungen und Besprechungen im Rahmen des Haushaltes relevant sein wird. Zudem könnte die Verwaltung bereits jetzt beginnen, sich mit der Überplanung auseinander zu setzen. Er sieht nicht, wo hierdurch eine Verzögerung von 4 Jahren entstehen sollte. Nach Abschluss der Planung und mit Vorliegen eines planungswürdigen Entwurfes in der Stadtverordnetenversammlung könne man entscheiden und dann könne die Umsetzung erfolgen.

Zum Punkt vier führt er aus, dass wenn eine Planung vorliegt, die entschieden worden ist, die Hamburger Straße aus dem Bürgerentscheid herausgenommen werden kann. Es verhindere niemand, die Planung und Umsetzung vorzunehmen.

Zuletzt merkt er an, dass es den Gewerbetreibenden nicht um die jetzige Situation der Planung der Parkplätze gehe, sondern um die in Zukunft in der Hamburger Straße wegfallenden Parkplätze und um die zukünftig, durch den Rückbau des provisorischen Parkplatzes, wegfallenden 150 Parkplätze. Um diese Fragestellung, des Ersatzes dieser zukünftig rund 150 wegfallenden Parkplätze, würden sich die Gewerbetreibenden Gedanken machen.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion spricht zur Erklärung zu Punkt vier. Man würde den Punkt vier heute beschließen, aber es stimme, dass man heute nicht beschließen, dass der Bürgerentscheid ausgesetzt wird. Man würde ankündigen, dass man dies, wenn nötig, dann tut, wenn man „geliefert“ habe. Hier sei die Reihenfolge ganz entscheidend, dass man den Bürgerentscheid erst aussetze, nachdem man Ersatz geschaffen habe.

Zur Thematik 01.11.2025 merkt er an, dass es ihnen genau darum gehe, dass die EDEKA-Kundenparkplätze nicht mal eben als der Ersatz für die wegfallenden Parkplätze gerechnet werden. Es gehe auch darum, dass ebenfalls die Parkplätze unter dem Rathausplatz nicht als Ersatz für die wegfallenden Parkplätze gerechnet werden, weil diese von heute auf morgen wegfallen könnten. Man wisse einfach nicht, was dort die Zukunft bringe. Deswegen seien diese Parkplätze, auch aus Sicht der sehr besorgten Kaufleute, kein Planungsinstrument. Die Frage die sich stelle sei, welchen Weg man gehen wolle. Er fragt, ob man die Bedenken der Kaufleute einfach „vom

Tisch wischen“ wolle oder nicht. Er glaubt, dass man jetzt schauen müsse, dass man tatsächlich in eine Planung hineinkomme.

Zum Thema Hamburger Straße wurde hier der Eindruck erweckt, dass sich dies jetzt langfristig verzögere, aber die Planung müsse ohnehin angepasst werden. Zudem lebe man in einer Zeit, in der die Hamburger Straße leider auch ihr Gesicht verändert habe. Damals habe man einen großen Einkaufsboulevard für die Hamburger Straße geplant, aber mittlerweile habe die Hälfte der Straße ihr Gesicht nachhaltig verändert. Dies werde sich nicht zurückdrehen lassen. Dort sind jetzt Ärztehäuser und insgesamt eine andere Situation auf die man sowieso reagieren müsse – auch ganz unabhängig vom Bürgerentscheid. Dies habe auch etwas mit verantwortungsvoller Stadtplanung zu tun, denn, wenn eine Straße sich so signifikant verändert, müsse man die Planung ohnehin überarbeiten.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion findet es spannend, dass von den Fraktionen, die in den letzten 3,5 Jahren jegliche Entwicklung in der Hamburger Straße blockiert und sich verweigert hätten mit der Verwaltung und den Kaufleuten, auch nur ansatzweise an der Planung der Hamburger Straße zu arbeiten, nunmehr jene Fraktionen angegriffen werden, welche sich jetzt hier hinstellen und sagen, dass es den Bürgerentscheid grade aus dem Grund gab, weil die Menschen, die die lebendige Innenstadt darstellen, nicht gehört worden sind. Jetzt werde man dafür angegriffen, dass man jetzt nach 3 Jahren erwarte, dass eine Planung gemacht werde, gemeinsam mit den Menschen, welche betroffen sind. Dies findet er fadenscheinig. Er geht auf die Zwischenrufe von Stadtverordneter Schmick ein, welche fragte, welche Planung vorgelegt werden solle. Er erläutert, dass man eine Planung erwarte, die in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gewerbetreibenden und Bürger*innen entstehe. Wenn diese Planung geliefert werde und tatsächlich auch eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung erhalte, erst dann wolle man den Bürgerentscheid aufheben.

Er führt aus, dass sich sein persönliches Vertrauen, bezüglich Prüfaufträgen an die Verwaltung, stark in Grenzen halte. Man sei nicht bereit, einen Freifahrtschein zu erteilen und zu sagen, man hebe zunächst den Bürgerentscheid auf, in der Hoffnung, dass dann im Rahmen einer Prüfung festgestellt wird, dass es möglicherweise doch noch Möglichkeiten gibt, diese Planung zu ändern. Er erinnert an eine Stellungnahme an das Innenministerium, welche von einem Mitarbeiter der Verwaltung geschrieben wurde, in der stand, dass man, sobald die Haltefrist vorbei sei, die alte Planung so weiterführen wolle, wie bisher. Er betont, dass, wenn er solche Stellungnahmen im Bau- und Planungsausschuss mitbekomme, nicht von der Politik erwartet werden könne, den Bürgerentscheid zuerst aufzuheben um zu sehen was passiert.

Er betont, dass das Vorgehen im Antrag AN/085/2025 richtig sei und dankt der CDU-Fraktion, dass man gemeinsam zuerst in die Detailtiefe gehen wolle um die Möglichkeiten auszuloten und zu sehen, wie man auf die Veränderungen in der Hamburger Straße reagiert. Im Ergebnis solle eine Planung vorgelegt werden, welche alle Seiten zufrieden stellt.

Bürgervorsteher Stukenberg mahnt an, dass einzelne Mitarbeiter der Verwaltung nicht denunziert werden sollen. Bei Kritik an der Verwaltung trage

der Bürgermeister die Verantwortung und wäre auch der Adressat und nicht einzelne Personen aus dem Rathaus mit öffentlicher Namensnennung.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion möchte zunächst auf die Redebeiträge der Stadtverordneten Schäfer von der CDU-Fraktion und Bellizzi von der FDP-Fraktion eingehen. Zu der Aussage von Stadtverordnetem Schäfer, dass man so viel hätte tun können in den letzten Jahren, entgegnet er, dass er in diesen Arbeitsgruppen aktiv war und man sich vielfach mit den Kaufleuten getroffen habe. Dabei sei nicht viel entstanden und dies lag weder an der Politik noch an der Verwaltung. Es sei nur der Aufruf gekommen, dass man ein Parkleitsystem brauche. Dies habe man längst beschlossen. Dass man viel hätte tun können, möchte er nicht „auf sich sitzen“ lassen. Dann würde er gerne hören, was man hätte tun können.

Er führt aus, dass man auch intensiv geschaut habe, wo man die Ersatzparkplätze bauen könne, mit dem Ergebnis, dass dafür keine geeigneten Flächen zur Verfügung stehen. Dies dürfe man nicht vergessen, denn der Bau von neuen Parkplätzen sei gar nicht möglich, weil man entweder kein Baurecht habe oder man die nötigen Flächen nicht habe. Folglich sei das, was man hier beschließen soll eine Verhinderung von Innenstadtentwicklung. Alle seien sich einig, dass die Hamburger Straße schnell gemacht werden müsse, aber so werde sie nicht gemacht werden, weil die faktischen Voraussetzungen fehlen. Er geht darauf ein, dass man aktuell in top Lage 200 Parkplätze mehr in der Innenstadt zur Verfügung habe. Näher heran komme man mit keinem Bauprojekt. Die Innenstadt müsste eigentlich boomen oder es liege vielleicht gar nicht an den Parkplätzen, dass irgendetwas nicht funktioniert. Dann werde auch kein Parkhaus und kein zusätzlicher Parkplatz irgendetwas ändern. Er fragt sich, ob es vielleicht daran liegt, dass der Parkplatz bei EDEKA nicht gut angenommen werde, weil es einfach genug Parkplätze gibt. Wer näher an der Innenstadt parken wolle, könne dies auch tun. Jetzt wolle man für Minimum drei Parkplätze mehr das Projekt aufhalten, damit in der Hamburger Straße 20 Parkplätze statt 17 entstehen. Dies hält er für Wahnsinn.

Er geht darauf ein, dass die Zahlen der Mehrkosten im Bau- und Planungsausschuss behandelt wurden. Mit den neuen Förderrichtlinien sei es so, dass man aktuell die Mehrkosten noch tragen könne. Bei einer Verzögerung wäre jedoch bei dem aktuellen Baupreisindex ein Genehmigungsverfahren viel aufwendiger, weil es an das Innenministerium gehen müsste. Wenn man schnell sei, könne man sich dies ersparen.

Da die Ausschlussdiskussionen übersprungen wurden, hat er noch inhaltliche Fragen. Er möchte zur „Optimierung der Planung“ einmal ganz deutlich wissen, ob gewollt sei, dass die Planung geöffnet werde und das Bauamt eine neue Planung erstellt, welche neu im Bau- und Planungsausschuss abgestimmt werden soll.

Die CDU-Fraktion erwidert, dass man keine neue Planung wolle. Stadtverordneter Bertram von der CDU-Fraktion antwortet, dass eine Optimierung auf Basis der alten Planung erfolgen soll und keine vollständige Neuplanung.

Weiterhin fragt er zum Antrag AN/085/2025 zu dem Punkt „die Verwaltung soll sich um die derzeitigen und zukünftigen technischen und umweltspezifischen Kriterien kümmern“ woher die Verwaltung die zukünftigen technischen und

umweltspezifischen Kriterien kennen soll. Sie könne ja nur die kennen, die es schon gäbe und nicht die, die noch kommen mögen.

Zudem gehe der Antrag auf den Parkplatzbestand zum Stichtag 01.11.2025 ein, zu dem man 200 Parkplätze mehr habe. Dies sei aus seiner Sicht verrückt. Zu dem Satz „dabei sind öffentliche und private Investitionen, z.B. Parkhäuser oder Parkflächen Dritter mit 24h-Zugänglichkeit einzubeziehen“ hinterfragt er, ob diese 24h-Zugänglichkeit auch für die öffentlichen Parkplätze gelte. Laut dem Satz lese er heraus, dass dies nur bei den privaten Investitionen so sein müsse. Er betont, dass die Aussage, dass die Parkplätze unter dem Rathausplatz jederzeit wegfallen könnten, für jede private Investition gelte. Jeder, der so etwas privat betreibe, könne es jederzeit zu machen. Er betont, dass dies keine Besonderheit an dem Parkplatz unter dem Rathausplatz sei. Zuletzt geht er darauf ein, dass dem Wortlaut des Antrages zur Folge zuerst Ersatzparkplätze geschaffen werden müssen, bevor man etwas mache. Er fragt sich was sei, wenn die Stadt mal eine größere Sanierungsmaßnahme durchführen müsse (z.B. Sanierung Rathausplatz) und diese Parkplätze für einen längeren Zeitraum wegfallen würden. Er fragt, ob dann auch zunächst Ersatzparkplätze geschaffen werden müssten.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion beantragt eine namentliche Einzelabstimmung für die Punkte 1 und 4 des Antrages AN/085/2025. Die Abstimmungsergebnisse werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Bürgermeister Boege erklärt, dass er die Vertagung nicht ohne Grund beantragt habe. Auch im letzten Redebeitrag seien Fragen aufgeworfen worden, welche sich der Verwaltung auch stellen. Er habe es so verstanden, dass keine Neuplanung gewünscht sei, aber Stadtverordneter Bellizzi habe ausführlich davon gesprochen, dass eine Umplanung unter Beteiligung der Anwohner und Unternehmen stattfinden solle. Dies passe schon nicht zusammen.

Er erläutert, dass jede Umplanung die man vornehmen werde dazu führe, dass sich das Vorhaben auf unbestimmte Zeit verschiebe. Eine Umplanung bedeute eine Einschaltung des Planungsbüros. Aktuell wisse man gar nicht, ob das Planungsbüro auf dieser Grundlage überhaupt bereit sei weiterzuarbeiten. Das Planungsbüro habe bereits sehr viel Arbeit in die vorliegende Planung gesteckt. Wenn dies der Fall wäre, so müsste man in eine neue, europaweite Ausschreibung gehen. Bei einer Umplanung werde man zudem auch neue Anträge für die Städtebauförderung stellen müssen, weil die Zuschüsse auf der jetzigen Planung beruhen. Die Planungs- und Förderrichtlinien seien gesetzliche Vorgaben und man wisse nicht, zu welchem Ergebnis diese führen würden.

In jedem Fall brauche die Umplanung Zeit und, ob am Ende die hier geweckten Erwartungen mit den gestellten Forderungen auch erfüllbar seien, sei ungewiss. Die vorbereitenden Maßnahmen für die Umgestaltung der Hamburger Straße im Bereich der Unterflurarbeiten seien ebenfalls auf die aktuelle Planung ausgerichtet. Man könne beispielweise nicht Bäume einfach verschieben, weil man die Leitungen im Boden so gelegt habe, dass die Hamburger Straße so gestaltet wird, wie sie politisch beschlossen wurde. Hierzu gab es einen langen Abstimmungsprozess mit einer Planung, welche die Basis für sämtliche Arbeiten darstellte.

Bei einem möglicherweise umfassenden Beteiligungs- und Umplanungsprozess, welcher von ganz anderen Voraussetzungen für die Hamburger Straße ausgehe, sei es nicht zu sagen, wann es eine Umgestaltung der Hamburger Straße geben werde.

Er betont, dass er das Ansinnen der CDU-Fraktion so bisher nicht verstanden habe.

Zu den Parkplätzen unter dem Rathausplatz möchte er anmerken, dass dies Parkplätze seien, für die es eine Verpflichtung gebe sie öffentlich zugänglich zu machen. Er habe sehr erfolgreich durchgesetzt, dass diese Parkplätze geöffnet wurden. Man sei auch jederzeit bereit hier weitere rechtliche Maßnahmen einzuleiten, sofern die Zugänglichkeit dieser Parkplätze eingeschränkt werde. Dies sei ein theoretisches Thema, welches für jedes private Parkhaus in der Stadt gelten könnte.

Zum Ersatz der provisorischen Parkplätze sagt er, dass es so sei, dass eine komplette zweite Ebene an der Alten Reitbahn geschaffen wurde. Diese sei auf Forderung der Politik entstanden, um die Parkplätze, die damals weggefallen sind, zu kompensieren. Dies sei ein politischer Erfolg.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN möchte auf eine Bemerkung der Stadtverordneten Gaumann und Schäfer eingehen. Am Anfang der Debatte hieß es, dass alle die Hamburger Straße wollen würden und dennoch habe man jetzt hier einen Antrag, welcher genau dies verhindere. Mit dem vorliegenden Antrag werde die Hamburger Straße nicht gemacht. Er verstehe, dass man sagt, der provisorische Parkplatz sei ein Thema. Jetzt aber mache man die Hamburger Straße, mit der Reihenfolge des Beschlusses, auch von dem provisorischen Parkplatz abhängig. Man hätte auch sagen können, dass man jetzt die Hamburger Straße mache und der provisorische Parkplatz ein Thema bleiben müsse. Unabhängig vom Bürgerentscheid wisse man, dass der provisorische Parkplatz Ende Februar 2027 wegfallen werde.

Er zieht das Fazit, dass die CDU-Fraktion mit dem gestellten Antrag die Hamburger Straße aufhalte. Dementsprechend werde auch die Aufenthaltsqualität für die Bürger*innen, die nicht mit dem Auto da reinfahren, verhindert. Er sei sich sicher, dass die Steigerung der Aufenthaltsqualität von allen gewünscht sei, insbesondere den Geschäftsleuten, die gerne die Möglichkeit nutzen würden, Sitzplätze vor ihren Gewerben zu schaffen. Dieser Bereich sei der Hauptplatz an dem die Bürger*innen gerne draußen sitzen und sich aufhalten.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN führt aus, dass man mit dem Bürgermeister sehr kreativ geprüft habe, wo man Parkplätze schaffen könne und welche Möglichkeiten es gäbe. Im Ergebnis habe man festgestellt, dass es aus städtischer Sicht keine Möglichkeiten gäbe. Nun werde der Verwaltung wieder „der Ball zugespielt“ sie solle Parkplätze irgendwo her beschaffen, obwohl die Verwaltung bereits vor 5 Monaten gesagt habe, dass sie keine Möglichkeiten sehe. Sie fordert die drei antragstellenden Fraktionen aktiv dazu auf, konkrete Beispiele und Ideen für die Schaffung von Parkplätzen zu liefern.

Stadtverordneter Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion möchte etwas Grundsätzlicheres ansprechen. Er merkt an, dass man heute über den Umgang mit dem Willen der Bürger*innen entscheide, welcher im Bürgerentscheid zum Ausdruck kam. Dies sei das, was sich im Verhältnis zu den ursprünglichen Planungen verändert habe. Die Bürger*innen haben zu einem Bürgerentscheid aufgerufen und diesen erfolgreich gemacht. Er bestreitet nicht, dass es nach vielen Jahren durchaus demokratisch sei, einen solchen Beschluss wieder aufzuheben. In Wahrheit solle man sich jedoch die Frage stellen, wie man sich fühlen muss, wenn man Initiator eines solchen Bürgerentscheids gewesen ist, bei dem man feststelle, dass nach vielen Jahren nichts an Veränderung der Planungen gewollt sei und dieser einfach wieder aufgehoben werde.

Der Bürgerentscheid habe eine Mehrheit in dieser Stadt bekommen und er hält diesen Umgang mit den Bürger*innen für nicht in Ordnung. Diesen hätten einen Anspruch darauf, dass sich etwas verändere.

Bezogen auf den Antrag geht er darauf ein, dass eine Veränderung der Planung im Antrag enthalten sei und zwar eine Optimierung der Planung mit mindestens dem Beibehalten von 20-30 Stellplätzen. Dies sei eine Umplanung die in der Tat schon vor Jahren hätte begonnen werden können.

Er selbst habe nicht wahrgenommen, dass es in dieser Stadt keine Flächen gäbe um Parkplätze zu schaffen. Es sei wohl eher nicht gewollt, dass an bestimmten Stellen Parkplätze entstehen. Man könnte hierzu ggf. auch private Flächen erwerben. Er betont, dass es sehr wohl Möglichkeiten gäbe, um Parkraum zu schaffen und dem Bürgerwillen zu entsprechen. Nichts Anderes würden die drei Fraktionen mit diesem Antrag ausdrücken. Man solle nicht darüber hinweggehen, was Bürger*innen dieser Stadt entschieden haben. Man solle auf den Bürgerwillen eingehen, entsprechend reagieren und Optimierungen der Planungen in ihrem Sinne vornehmen.

Zudem möchte er klarmachen, dass eine völlig verkehrsberuhigte Innenstadt etwas Schönes sein mag, aber eine lebendige Innenstadt lebe auch vom funktionierendem Einzelhandel und der Gastronomie. Diejenigen, die diese Geschäfte betreiben, hätten zugerufen, dass eben das so in dieser Planung nicht funktioniere. Demnach sollte man handeln.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion geht darauf ein, dass es hieß, die Beteiligung der Bürger*innen und Gewerbetreibenden sei überhaupt nicht der Wunsch der CDU-Fraktion gewesen. Er verweist auf den Ursprungsantrag der Stadtverordneten Gaumann und Schäfer und zitiert einen Satz aus dem ersten Absatz: „Anwohner und Gewerbe sind in die Stellplatzoptimierung einzubeziehen“. Dies sei der Grund gewesen, warum die FDP-Fraktion gesagt habe, dass der Antrag genau in die richtige Richtung gehe und nur ein paar kleine Änderungen gemacht werden müssten.

Es sei somit nicht seine Erfindung, dass diese einbezogen werden sollen, sondern es sei die Grundessenz des ursprünglichen Antrags. Die FDP-Fraktion hält dies für richtig und wichtig und unterstütze es daher auch.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion erklärt, dass dies eins der Probleme sei, weil man andere Rückmeldungen aus der CDU-Fraktion bekäme. Er führt aus, dass ihm auch im Ausschuss schon mehrfach

vorgeworfen worden sei, dass er dafür sei, den Bürgerentscheid aufzuheben und den Bürgerwillen ignorieren wolle.

Man sei in einer Parteiendemokratie und man kämpfe um die Stimmen der Wähler bei der nächsten Wahl. Es seien sehr viele Leute, die der WAB-Fraktion sagten, dass man diesen Bürgerentscheid unbedingt aufheben müsse, damit in der Hamburger Straße etwas für mehr Lebensqualität gemacht werden könne. Hierfür kämpfe die WAB-Fraktion und dies sei keine Missachtung des Bürgerwillens. Alle Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Bürgerentscheids würden im Rahmen der Gesetze stattfinden. Hier sei die Regelung klar, dass man nach zwei Jahren das Recht habe, den Bürgerentscheid aufzuheben bzw. zu ändern. Selbstverständlich dürfe man für seine politischen Überzeugungen kämpfen – auch wenn diese politische Minderheitenüberzeugung seien.

Stadtverordneter Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN möchte klarstellen, dass man den Bürgerentscheid nicht einfach so ändern wolle ohne das sich grundsätzlich etwas geändert hätte. Er betont, dass man seitdem viel mehr Parkplätze zur Verfügung habe.

Bürgermeister Boege geht darauf ein, dass es nichts an der Kernaussage ändert, dass er den Eindruck habe, dass die Tragweite dieses Beschlusses nicht von allen gleichermaßen verstanden werde. Er glaubt auch nicht, dass die Vortragenden die gleiche Vorstellung mit dem Antrag verbinden. Er wiederholt, dass wenn dieser Beschluss so gefällt werde, dies eine Verzögerung dieser Maßnahme auf unbestimmte Zeit bedeute. Er könne von vielen Gesprächen mit den Beiräten und Bürger*innen berichten, welche sich alle fragen, wann endlich etwas in der Hamburger Straße passiere. Ihm sei klar, dass dies schwierige politische Abwägungen seien, aber man hätte jetzt eine Perspektive haben können, welche voraussichtlich einen Baubeginn 2027 möglich gemacht hätte.

Wenn man den Weg wähle, welcher jetzt Mehrheiten zu bekommen scheint, dann könne die Verwaltung keine Zeiten nennen und es werde aufgrund der zuvor genannten Punkte auch ungewiss sein, wann und wie überhaupt. Er betont, dass man sich an dieser Stelle dessen bewusst sein müsse.

Stadtverordnete Dullweber von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNE möchte auf einen Punkt aus dem Wortbeitrag von Stadtverordnetem Bellizzi von der FDP-Fraktion eingehen. Die Einbeziehung von Bürger*innen findet sie grundsätzlich richtig, aber hier würde man nur einen sehr kleinen Teil von Bürger*innen einbeziehen, nämlich lediglich die Anwohner*innen und die Geschäftsleute. Sie sei der Meinung, dass sich inzwischen sehr viel getan und in der Innenstadt verändert habe. Vielleicht hätten diese 2-3 Jahre mit der „furchtbaren“ Hamburger Straße auch dazu geführt, dass sich hier die Meinungen nochmal geändert haben. Sie spricht sich dafür aus, dass man direkt anfangen sollte die Hamburger Straße zu bauen. Sofern es zu einer Einbeziehung der Bürger*innen kommen soll, so bittet sie, diese auch im weiteren Sinne einzubeziehen. Sie sagt, dass die Innenstadt allen gehöre.

Stadtverordnete Marie-Luise Bernhardt von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN spricht die antragsstellenden Fraktionen an und sagt, dass sich

diese, wahnsinnige Sorgen um die Wirtschaft und eventuell wegfallende Parkplätze machen würden. Dies könne sie keineswegs nachvollziehen, weil sie glaubt, dass die Wirtschaft davon profitieren würde, wenn die Hamburger Straße attraktiver gestaltet werden würde. Es gäbe sehr viele Untersuchungen die dies aufzeigen würden und auch Belege dafür, dass in Städten, die verkehrsberuhigt seien, die Wirtschaft durch eine hohe Aufenthaltsqualität angetrieben werde. Dies könne Sie sich auch für Ahrensburg vorstellen. Sie empfindet die Diskussion um diese Parkplätze sehr einseitig und tendenziös. Sie denkt, dass man die Hamburger Straße unbedingt ausbauen und restaurieren müsse. Hiermit würde man, ihrer Meinung nach, eine Win-Win-Situation sowie eine absolute Qualitätssteigerung für Ahrensburg erreichen.

Stadtverordneter Schoon führt aus, dass er ein leidenschaftlicher Fahrradfahrer sei und immer mit dem Fahrrad in die Stadt käme. Er musste bei dieser Abstimmung eingestehen, dass er die Situation nicht nur aus seiner persönlichen Sicht betrachten dürfe. Man müsse die Mitbürger*innen und insbesondere die Gewerbetreibenden auch berücksichtigen, welche einen anderen Fokus hätten. Die Abstimmung habe knapp 50/50 ergeben und somit sei es durchaus wichtig, den Gewerbetreibenden Parkplätze zur Verfügung zu stellen. Er konstruiert, dass im Falle einer Aufhebung des Bürgerentscheids und bei dem weiteren Vorantreiben der bisherigen Planung, dies zu einem neuen Bürgerentscheid führen könnte. Er könne sich vorstellen, dass eine Umplanung keine Neuplanung sein müsse und es dann vielleicht auch zügiger gehen könne und man nach 2027 starten könne.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion stellt eine inhaltliche Frage zur 24h- Zugänglichkeit der Parkplätze. Diese solle laut Antrag nicht für den Marktplatz gelten. Er fragt sich, in welchen Fällen diese Regelung sonst noch nicht gelten würde. Er bittet um eine vernünftige Erklärung, warum die bereits vorhandenen 24h-zugänglichen Parkplätze nicht ausreichen würden.

Er führt weiter aus, dass er bislang noch keine Antworten auf seine inhaltlichen Fragen zum Antrag erhalten habe. Er merkt persönlich an, dass das Kommunikationsverhalten ein kompletter Bruch mit dem sei, was man in den letzten Jahren hatte. In allen Ausschüssen, in denen er je war, seien inhaltliche Fragen stets offen diskutiert worden. Er hält es für eine demokratische Pflicht Fragen zu gestellten Anträgen zu beantworten. Er gibt zu bedenken, dass dies im Umgang miteinander einiges kaputt mache. Er würde sich freuen, wenn die Antragssteller nunmehr seine inhaltlichen Fragen beantworten würden.

Stadtverordnete Schmick von der WAB-Fraktion erklärt, dass 8-10 Treffen zwischen der Verwaltung, den Gewerbetreibenden und der Politik stattgefunden hätten. Sie fragt sich, ob hierbei keine konkreten Vorschläge entstanden seien. Es wundert sie, dass man sage, dass 3 Jahre nichts getan wurde, aber in diesen 3 Jahren seien auch keine Vorschläge von denen gekommen, die jetzt eine Optimierung der Planung haben wollen.

Stadtverordneter Thieme von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN spricht den Bürgerentscheid an, weil immer gesagt worden sei, dass bei einer jetzigen, neuen Abstimmung alles ganz einfach wäre. Er erinnere sich noch sehr gut an den Wahlkampf. Die Parteien, die für diesen Bürgerentscheid waren, hätten

nie gesagt, dass ihr Inhalt sei, die Hamburger Straße solle umgeplant werden und dort solle lange nichts passieren. Hier sei nicht mit den tatsächlichen Fakten Wahlkampf gemacht worden. Es sei ein Wahlkampf gewesen, welcher auf Angsthemen basiert war.

Er stellt sich vor, wenn man sich jetzt die Vergangenheit anschau und sehe, dass die Straße jahrelang brachliegt und jetzt einen Wahlkampf mache und in diesem fragen würde, wer daran Schuld sei, dass die Straße so aussieht, wie sie aussieht, dann sei er sich sicher, dass das Ergebnis ganz anders aussehen würde.

Stadtverordnete Lohmann von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sagt, dass die Hamburger Straße eine Katastrophe sei, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, weil sie nicht barrierefrei sei. Sie spricht sich dafür aus, dass hier etwas getan werden müsse.

Herr Römer (FBL IV) stellt sich vor und führt aus, dass er jetzt seit 7 Monaten der Bauamtsleiter der Stadt Ahrensburg sei. Nachdem er jetzt die Diskussion verfolgt und in den letzten Monaten auch viel an diesem Thema mitgearbeitet habe, möchte er darauf eingehen, was er vorgefunden habe, als er vor 7 Monaten bei der Stadt Ahrensburg angefangen habe und welche Analyse er für sich selbst mitgenommen habe.

Er erklärt, dass sein erster Gedanke bezüglich der Hamburger Straße war, dass sich die Stadt hier sehr schlecht aufstelle. Die Straße sei nicht mehr zeitgemäß und in einem schlechten und nicht mehr barrierefreien Zustand. Es sei in den letzten Jahren demokratisch entschieden worden, dass die Planung erstellt werde und auch ein Beschluss gefasst wird.

Er findet es bezeichnend, dass der Beschluss gesagt habe, dass man eine Vorbildfunktion für die Stadt und die Bürger*innen zeigen wolle. Das heißt, dass der Entwurf, der erstellt wurde, der erste Baustein für die Zukunft der Stadt sei. Man rede nicht darüber, dass man an der Stelle am Ende, sondern das dies erst der Beginn der ganzen Umgestaltung sei. Die Barrierefreiheit und Zugänglichkeit soll für Generationen gegeben sein.

Es seien jetzt schon diverse Themen angesprochen worden, hinsichtlich der Kostenstruktur und der Überarbeitung der Planung, und man habe in den Beratungen immer wieder festgestellt, dass die Planung, welche erstellt wurde, heute natürlich im Detail anzupassen sei. Dies bedeute nur, dass Normungen und Gesetzesgrundlagen angepasst werden müssten. Diese würden dann dementsprechend in der nächsten Weiterbeauftragung des Planungsbüros (sofern dieses mitmache) angepasst werden.

Er geht darauf ein, dass es viel Kritik und Vorwürfe gegenüber der Verwaltung gab, welche er für sich als Bauamtsleiter aufnehme. Er sehe sich jetzt in der Verpflichtung diese anzunehmen. Er spreche auch für den FB IV und möchte sagen, dass die, als beratende Tätigkeit, abgegebenen Stellungnahmen aus dem FB IV in dem Sinne in der Selbstverwaltung nicht respektiert worden sind. Diese seien auch nicht wirklich in die Diskussion eingeflossen. Er merkt an, dass man für Beratungen und Stellungnahmen sehr viel Zeit investiere.

Sofern dem Antrag zugestimmt werde, müssten die Umplanungen bezahlt werden und man habe Baukostensteigerungen, welche sich durch die Umplanung ergeben und man wisse nicht, wann man mit der Umgestaltung beginnen könne.

Das Ziel widerspreche dem Thema Umwelt. Man solle die Umwelt respektieren und die technischen Gegebenheiten mit aufnehmen. Das, was man aktuell grade mache, sei den Verkehr im Innenstadtbereich zu reduzieren und das Thema Umwelt bei den Bürger*innen bewusster zu platzieren und das Ganze dezentral zu halten. Die Selbstverwaltung habe mit der zweigeschossigen Tiefgarage (die im Sinne der Umwelt auch nicht immer unter die Erde gelegt werden müsse) in den vergangenen Monaten alle Grundlagen geschaffen, vier Parkhäuser dezentral um die Stadt zu setzen. Damit habe man jetzt im Grunde mit dem fehlenden Parkleitsystem nur noch das Thema, dass dieses nochmal neu aufgesetzt werden müsse. Hier sei bereits Schwung reingekommen und dies war der einzige Baustein der noch fehlte um die Verteilung vorzunehmen, wie man den Verkehr innerstädtisch beruhigen könne um eine Qualität für die Bürger*innen zu schaffen und dann die umliegenden Parkhäuser vollständig auszulasten.

Er betont, dass man wirklich viel Zeit verlieren werde, wenn man nochmal in die Umplanung gehen müsse und auch Kostensteigerungen habe um die Umplanungen zu bezahlen. Er appelliert dafür, die Planungen mit kleinen Anpassungen, welche man im Rahmen der Ausschreibungen anpassen müsse, weiterzuführen. Als Fachbereichsleiter IV könne er nur dies vertreten und bittet die Stadtverordneten, sich bei der Beschlussfassung hierüber Gedanken zu machen.

Stadtverordneter Dr. Köpke von der WAB-Fraktion sagt, er sei, aufgrund der aktuellen Diskussionslage, einerseits fasziniert und andererseits ratlos. Alle Stadtverordneten wollen das Wohl der Innenstadt und alle haben sich „einen Ball zuspielen lassen“, welchen sie wie einen Reflex aufschnappen. Er sei entzückt gewesen, als die CDU-Fraktion sagte, sie habe mit den Geschäftsleuten gesprochen. Er selbst kenne auch viele Geschäftsleute und habe ebenfalls mit sehr vielen gesprochen. Im Ergebnis habe kaum einer der Geschäftsleute das Thema Parkplätze benannt. Benannt wurden vielmehr die Themen saubere und belebte Innenstadt. Fast keiner habe die Parkplatzsituation benannt. In Ahrensburg gehöre die Innenstadt nur wenigen Familien und diese würden „den Ball zuwerfen“. Er fürchtet, dass die Geschäftsleute, von denen man hier die ganze Zeit rede, die Leute seien, die hier Ton angehend sind.

Die Leute, mit denen er rede, würden sich über die Mieten beklagen. Die hohen Mieten würden die Innenstadt kaputt machen. Ein Geschäft müsse beispielsweise 30€/m² bezahlen. Da könne er verstehen, dass viele ihre Geschäfte aufgeben würden, anstatt sich für die hohen Mieten abzarbeiten. Er hält es für verkehrt, sich über die Parkplätze zu streiten. Man müsse jetzt wirklich sehen, wie man die Innenstadt lebenswert mache und dies vereine auch alle. Die Parkplatzsituation sei fast schon lächerlich, weil sie von bestimmten Leuten gesteuert werde, die ein Interesse daran haben. Er hält dies für ein Machtspiel.

Bürgervorsteher Stukenberg bedankt sich für die konstruktive Debatte und geht zur Abstimmung über.

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag AN/053/2025 der Fraktionen WAB und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

13	dafür
17	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag AN/089/2025 der Fraktion WAB über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

13	dafür
17	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg verliert den Antrag AN/088/2025 der Fraktion WAB über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

13	dafür
17	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg informiert, dass für den Antrag AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP für die Punkte 1 und 4 eine Einzelabstimmung sowie eine namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Er verliert den Punkt 1 zum Antrag AN/085/2025 über den anschließend per namentlicher Abstimmung abgestimmt wird. Die namentliche Abstimmung wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

17	dafür
13	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgermeister Stukenberg verliert die Punkte 2 und 3 des Antrages AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP über die anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

22	dafür
9	dagegen
/	Enthaltung(en)

Bürgervorsteher Stukenberg verliest den Punkt 4 zum Antrag AN/085/2025 der Fraktionen CDU, SPD und FDP über den anschließend, per namentlicher Abstimmung, abgestimmt wird. Die namentliche Abstimmung wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Abstimmungsergebnis:

17	dafür
13	dagegen
1	Enthaltung(en)

Bürgervorsteher Stukenberg erklärt, dass die weiteren Abstimmungen zu den Anträgen AN/067/2025 und AN/068/2025 entfallen und bedankt sich für die lebendige Diskussion.